

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 19/3131



**Gewerkschaft
der Polizei**

Schleswig-Holstein

Gewerkschaft der Polizei • Max-Giese-Straße 22 • 24116 Kiel

**Max-Giese-Straße 22
24116 Kiel**

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Innenausschuss

- Die Vorsitzende -

Über den Bearbeiter:

Dr. Sebastian Galka

Tel.: 0431-17091

Fax: 0431-17092

gdp-schleswig-holstein@gdp.de

www.gdp-sh.de

Bürozeiten:

Mo / Di / Do 07.30 bis 16.30 Uhr

Mi 07.30 bis 15.30 Uhr

Fr 07.30 bis 13.00 Uhr

Kiel, den 05. November 2019

Schriftliche Anhörung des Innen- und Rechtsausschusses des Schleswig-Holsteinischen Landtags

- Besserer Schutz von Demokratinnen und Demokraten gegen rechtsextreme Bedrohungen, SH Landtag Drs. 19/1605

- Rechtsextreme Bedrohungen bekämpfen, SH Landtag Drs. 19/1664

Sehr geehrte Frau Ostmeier,
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

vielen Dank für die Gelegenheit, als Gewerkschaft der Polizei zu einem wichtigen sicherheitspolitischen Thema Stellung nehmen zu dürfen.

Aus Sicht der GdP ist die Zielrichtung sowohl des Antrags der Opposition als auch die der regierungstragenden Fraktionen vollkommen richtig. In der konkreten Ausgestaltung der Anträge stimmen wir aber eher der Vorlage der regierungstragenden Fraktionen zu. Auch in unseren Reihen gab es schwierige Diskussionen über das Thema der sog. „Todeslisten“ mit guten Argumenten für beide Sichtweisen. In diesem Zusammenhang übersenden wir Ihnen als Stellungnahme gern einen Kommentar unseres Landesvorsitzenden Torsten Jäger, der in unserer Mitgliederzeitschrift „Deutsche Polizei“ im Oktober 2019 abgedruckt war.

Mit freundlichen Grüßen

Der Vorstand

i.A.

Dr. Susanne Rieckhof
Landesgeschäftsführerin

Anlage:

Zusammen gegen Demokratiefeinde (von Torsten Jäger)

Die öffentliche Berichterstattung und die dramatischen Presseschilderungen des jungen und engagierten Grünen- Politikers Lasse Petersdotter im Juli dieses Jahres (Lasse Petersdotter und die Schatten der Gewalt) machen betroffen. Der 29-Jährige muss mit ständigen Bedrohungen von Rechtsextremen leben, auch Morddrohungen, wie er in einem Interview berichtete. Lasse Petersdotter ist in der Grünen-Landtagsfraktion für Strategien gegen Rechtsextremismus zuständig. Und die Anfeindungen, Beleidigungen und Bedrohungen, die der Landtagsabgeordnete aufgrund seines politischen Engagements, insbesondere gegen Rechtsextremismus und -populismus, erleben musste, lösen Beklemmungen und Erschrecken aus. Insofern ist es für die GdP eine demokratische Selbstverständlichkeit, eher noch Verpflichtung, diesem und vielen anderen engagierten Demokraten den Rücken zu stärken und dabei zu unterstützen, sich vor allem gegen die Demokratiefeinde zu positionieren. Insofern ist ein persönlicher Austausch, wie er auf der GdP-Geschäftsstelle vorgenommen worden war, auch bei so mancher politischer Unterschiedlichkeit zu Bündnis 90/Die Grünen von hohem Wert. Denn uns eint nicht nur die ablehnende Positionierung gegen den in erschreckender Art und Weise erstarkenden Populismus, insbesondere auch Rechtspopulismus, sondern die Überzeugung, dass Angriffe und Bedrohungen gegen demokratisch gewählte Vertreter dieses Staates sich ganz unmittelbar gegen unsere Demokratie richten und diese gefährden. Der GdP in Schleswig-Holstein ist es bisher konsequent gelungen, jeden Kontakt zur AfD zu meiden und damit deren Versuchen, unsere Demokratie für verfassungs- und menschenfeindliche Ziele auszunutzen, entgegenzutreten. In diesem Zusammenhang ist auch die Diskussion um den Umgang mit sogenannten Todeslisten ein schwieriges und irgendwie ein dramatisches Dilemma. Selbst im Vorstand der GdP haben wir sehr unterschiedlich und kontrovers diskutiert. Sollen diejenigen, die auf solchen Listen stehen, ggf. aktiv informiert werden? In der Diskussion, die wir nicht durch Abstimmung auflösen wollten, gab es vom klaren Ja bis zum klaren Nein die größtmögliche Bandbreite. Mir geht es eher so, dass ich es nicht wissen möchte. Wie sollte ich mit dem Wissen umgehen? Muss ich meine Familie informieren, kann ich noch mit meinen Enkelkindern Radfahren gehen? Letztendlich würde es zu einer starken Verunsicherung führen, genau das, was die Listenersteller in unserer Gesellschaft erreichen wollen. Einig sind wir uns als GdP aber im Vertrauen

in den Rechtsstaat und zu unseren Sicherheitsbehörden und deren tatsächlicher Gefährdungseinschätzung. Bei konkreter Gefahr wird informiert und reagiert. Und all unseren demokratischen Gesprächspartnern sei gesagt: Natürlich verträgt unser Rechtsstaat oder die für ihn tätigen Institutionen Kritik, sie kann durchaus auch sehr angebracht und notwendig sein. Pauschalisierende, politisch motivierte, opportunistische Schelte am Funktionieren des Rechtsstaates ist aber eigentlich nichts anderes als Populismus und macht letztendlich die Extremisten und Antidemokraten stark, die unseren demokratischen Staat infrage stellen, und ist brandgefährlich. Wir sollten vielmehr alle zusammen gegen Demokratiefeinde wehrhafter werden!“